

**Antrag der Fraktion der CDU****Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ starten**

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist für viele Menschen im Land Bremen, trotz inzwischen verbesserter Rahmenbedingungen, ein ernsthaftes Problem. Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und junge Frauen bzw. Mütter werden in Bewerbungsverfahren benachteiligt. Oft werden auch Bewerbungen aus verschiedenen Stadtteilen oder die von Abgängerinnen und Abgängern von bestimmten Schulen aussortiert. Um mögliche Diskriminierung auch in den senatorischen Behörden und in der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft auszuschließen, sollte ein Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ gestartet werden.

International sind anonymisierte Bewerbungsverfahren vor diesem Hintergrund oft schon Standard. In Deutschland hat sich, nach einem erfolgreichen Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, u. a. das Land Nordrhein-Westfalen entschieden, anonymisierte Bewerbungsverfahren zunächst in den Landesministerien durchzuführen. Der Anteil an neu eingestellten Menschen mit z. B. Migrationshintergrund konnte so auf über 20 % gesteigert werden.

Die Abschlussberichte der bisher in Deutschland stattgefundenen Pilotprojekte weisen zudem darauf hin, dass gesetzlich festgelegte Fördermechanismen, z. B. für Frauen und Menschen mit Behinderungen, im Verfahren durchaus berücksichtigt werden können. Die Bremische Bürgerschaft als Volksvertretung aller Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen und die senatorischen Behörden als ausführende Organe sollten deshalb an dieser Stelle mit gutem Beispiel voran gehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. beschließt in Selbstverpflichtung vom 1. Juni 2013 bis zum Ende der 18. Legislaturperiode ein Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ für alle Beschäftigungsbereiche in der Bürgerschaftsverwaltung durchzuführen.
2. fordert den Senat auf, vom 1. Juni 2013 bis zum Ende der 18. Legislaturperiode ein Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ in allen Beschäftigungsbereichen der senatorischen Behörden durchzuführen.
3. fordert den Vorstand der Bürgerschaft und den Senat auf, sechs Monate vor Ende der 18. Legislaturperiode in der Bürgerschaft über das Modellprojekt und seine Praktikabilität zu berichten, und der Bürgerschaft eine Empfehlung bezüglich der Ausweitung des Verfahrens auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes im Land Bremen zu geben.

Sigrid Grönert, Elisabeth Motschmann, Wilhelm Hinner, Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU